

USA UND KANADA

USA

INNENPOLITISCHE THEMEN ÜBERLAGERN DIE DISKUSSION

Der Labour Day, der in diesem Jahr auf den 7. September fiel, markiert das offizielle Ende der Sommer- und Feriensaison in den USA. Lässt man die letzten Wochen und Monate jedoch Revue passieren, so bleibt der Eindruck, dass in diesem Jahr „die Politik“ in den USA nicht in Urlaub war: Die innenpolitische Diskussion war von einer Intensität und nahm teilweise Formen an, die man nicht einmal vom Präsidentschaftswahlkampf 2008 gewohnt war. Dabei stand in den vergangenen Wochen ein Thema unangefochten im Vordergrund: die Gesundheitsreform bzw. die Reform des amerikanischen Krankenversicherungswesens. Die Demokratische Partei ist bei diesem Thema praktisch gespalten in *blue dogs* (konservative Demokraten) und *Liberals* (linke Demokraten). Es fällt den Demokraten daher schwer, im Kongress eine Mehrheit für ein für beide Lager akzeptables Projekt zu organisieren. Den Republikanern ist mit der Gesundheitsreform unerwartet ein Thema zugefallen, das die Bevölkerung elektrisiert und zu einem beträchtlichen Teil gegen die Demokraten mobilisiert. Die Lage spitzte sich derart zu, dass Präsident Obama mit einer Rede am 9. September vor beiden Häusern des Kongresses versuchen musste, die Reform zu retten.

Neben diesem innenpolitischen Thema wird die Lage in Afghanistan immer mehr zu einem Problem für die neue Administration. Präsident Obama hatte schon im Wahlkampf wiederholt betont, der Irak-

Krieg sei der „falsche Krieg“. Präsident Bush habe den Fehler begangen, sich auf den Irak zu konzentrieren und Afghanistan zu vernachlässigen. Das werde er korrigieren. Seit seinem Amtsantritt hat Präsident Obama diese Position auch konsequent umgesetzt. Das Kontingent im Irak wurde und wird weiter reduziert, die Truppenstärke in Afghanistan aufgestockt (auf nunmehr 68.000 Soldaten). Mittlerweile ist Afghanistan „Obamas Krieg“ („*he owns it*“); der Irak ist in den Hintergrund gerückt. Diese Entwicklung trifft im linken Demokratischen Lager zunehmend auf Kritik. Die Ablehnung des Afghanistan-Einsatzes in der Bevölkerung wächst. In den USA nimmt eine gewisse Kriegsmüdigkeit zu.

Obwohl die Wirtschafts- und Finanzkrise in den USA auch weiterhin tiefe Spuren hinterlässt, bleibt angesichts der heftigen Debatte über die Gesundheitsreform und den Afghanistan-Einsatz kaum noch Raum für die Diskussion über die Wirtschafts- und Finanzkrise sowie die Lehren und Konsequenzen, die daraus gezogen werden sollten. So findet der nächste G20-Gipfel zwar in den USA statt, man kann aber nicht den Eindruck gewinnen, dass dieser Gipfel Ende September die Gemüter der Experten und Politiker massiv bewegt.

USA FORMULIEREN KLARE POSITIONEN ZUM G20-GIPFEL

Die US-Positionen sind klar und wurden erst bei dem jüngsten Treffen der Finanzminister und Notenbankchefs in London wieder deutlich:

Die USA sind gegen eine Regulierung der Gehälter von Managern, insbesondere

Bankmanagern. Sie hielten eine solche Regulierung für einen unzulässigen Eingriff in den Markt. Dahinter steht auch die Tatsache, dass die Bankenlobby in den USA besonders einflussreich ist. Ein Blick in die öffentlich zugänglichen Spendenlisten zeigt, welchen Einfluss dieser Teil der Wirtschaft auf die US-Politik ausübt. Außerdem verfügt die US-Administration kaum noch über Druckmittel gegenüber dem Bankensektor. Mit Ausnahme der Citibank haben alle übrigen Großbanken die Zahlungen, die sie im Herbst 2008 von der Regierung erhielten (*bailout*), wieder zurückgezahlt. Das Thema „Boni für die Banker“ spielte auch in der öffentlichen Diskussion in den USA zunächst eine große Rolle, wurde dann aber im Sommer von der Debatte über die Gesundheitsreform überrollt.

Dagegen befürwortet die US-Administration Regulierungen, welche die Banken verpflichten, ihre Eigenkapitalquote im Verhältnis zur Kreditvergabe deutlich zu erhöhen. Kreditausfälle sollen auf diesem Weg durch einen größeren Risikopuffer abgedeckt werden. Allerdings ist auch hier kein rasches Ergebnis zu erwarten: Finanzminister Timothy Geithner rechnet mit einer Übereinkunft nicht vor Ende nächsten Jahres.

Zu möglichen Exit-Strategien aus den laufenden Konjunkturlösungen ist die offizielle US-Position ebenfalls deutlich ablehnend. Der Präsident der *Federal Reserve (Fed)* Ben Bernanke und Finanzminister Timothy Geithner betonen immer wieder, man werde schon rechtzeitig reagieren, falls es notwendig werde, die Hunderte Milliarden US-Dollar, die 2008 in die US-Wirtschaft gepumpt wurden, wieder abzuziehen. Gegenwärtig sei aber wichtiger, eine Deflation zu vermeiden und die Wirtschaft wieder anzukurbeln. Auch unter Experten scheint diese Einschätzung weit verbreitet. Allerdings ist vielfach Kritik an der Wirksamkeit der Stimulus-Programme zu hören: Das Geld fließe nicht ab und werde ineffizient verwendet. Bis jetzt seien erst 15 Prozent des Stimulus-Programms in Höhe von 787 Mrd. US-Dollar abgeflossen. Ohnehin sei das Programm nicht danach zusammengestellt worden, wie die größte Stimuluswirkung erzielt werden könne, sondern es handle sich lediglich um ein Sammelsurium

von Lieblingsprojekten der einzelnen Kongressabgeordneten und Senatoren.

KEINE SORGE VOR INFLATION

Unter den Experten werden nur selten Befürchtungen geäußert, die enorme Zunahme an Liquidität könne zu einer rapide ansteigenden Inflation führen. In diesem Zusammenhang wird auf die Unterauslastung der Produktionskapazitäten verwiesen. Preiserhöhungsspielräume seien deshalb kaum vorhanden. Man werde das Inflationsproblem angehen, wenn es akut werde. Nach Finanzminister Geithner sind die „*conditions for a sustained recovery led by private demand [are] not yet established*“. Fed-Chairman Bernanke teilt diese Auffassung. Und im Kongress wird gar immer wieder einmal darüber spekuliert, ob nicht noch ein weiteres Stimuluspaket nötig sei.

Deutschland wird als Folge seiner speziellen historischen Erfahrungen zugestanden, besonders „inflationssensibel“ zu sein. In den USA stehe vor allem das Beschäftigungsniveau im Vordergrund. Fed-Chairman Bernanke gilt zusammen mit Christina Romer, der Vorsitzenden des *Council of Economic Advisers*, als der Experte der Großen Depression. Diese Expertise spielt bei seiner Analyse und der Empfehlung von Gegenmaßnahmen gegen die gegenwärtige Krise eine entscheidende Rolle. Auch den Verweis darauf, dass die expansive Geldpolitik der Fed in den vergangenen zwanzig Jahren zu zwei geplatzten Spekulationsblasen geführt hat, lässt man nicht gelten: Man habe daraus gelernt und werde die entsprechenden Konsequenzen ziehen.

Allerdings gibt es durchaus auch Experten, die eingestehen, dass sich die USA aus der enormen, im letzten Jahr angehäuften Verschuldung nur herausarbeiten könnten, wenn man ein gewisses Maß an Inflation zuließe. Für die unmittelbare Zukunft sei diese Sorge aber unbegründet. Vielmehr sei wichtig, ob der jüngste Aufschwung fortgesetzt werden könne (Wachstumskurve *V-shaped*), oder ob mit einem erneuten Einbruch gerechnet werden müsse (Wachstumskurve *W-shaped*).

KANADA

Die Regierung Stephen Harper in Kanada ist eine Minderheitsregierung. Seit die (linke) Liberal Party vor einiger Zeit ihre fallweise Unterstützung für die Regierung angekündigt hat, dreht sich in der innenpolitischen Debatte in Kanada alles nur noch um die Stabilität und ungewisse Zukunft der konservativen Regierung sowie um mögliche Neuwahlen. Alles andere, einschließlich des G 20 Gipfels, tritt dabei in den Hintergrund.

Angesichts des marktwirtschaftlichen Credo der kanadischen Regierung können die Konservativen der europäischen Forderung nach einer Regulierung (Begrenzung) der Boni für Bankmanager nichts abgewinnen. Der französisch-deutsche Vorschlag wird klar abgelehnt. „I don't think it's necessary for Canada to do that so I think the answer is it's not likely,“ meinte der kanadische Finanzminister Flaherty jüngst.

Über Exit-Strategien könne man diskutieren, dies sei aber nicht der Zeitpunkt, fiskalische und monetäre Stimuli zu reduzieren. Finanzminister Flaherty äußerte sich skeptisch: „I think it's all well and good – and a good idea actually – to talk about exit strategies and plans for the future, But any talk about implementing exit strategies now in my view, would be unwise just as it would be unwise for any country to take their foot off the accelerator.“

Gleichwohl verfolgt die kanadische Regierung weiterhin ihr Ziel, in einigen Jahren wieder zu einem ausgeglichenen Haushalt zurückzukehren. Dazu sollen unter anderem die Transfers an die kanadischen Regionen reduziert werden. Der Vorschlag von US Finanzminister Geithner zur Verbesserung der Kapitalausstattung der Banken müsse erst noch geprüft werden.

Dagegen hebt die kanadische Regierung die jüngsten positiven Wirtschaftsdaten hervor. Allerdings seien Rückschläge und weitere Schocks nicht ausgeschlossen. Deshalb hofft die Regierung auch, Neuwahlen vermeiden zu können, um sich weiterhin gänzlich auf die Wirtschaftsprobleme konzentrieren zu können.

Darüber hinaus befindet sich Kanada in einer besonderen Situation: 80 Prozent der kanadischen Exporte gehen in die USA. Kanada ist daher besonders abhängig von der wirtschaftlichen Entwicklung in den USA und von wirtschaftspolitischen Maßnahmen der USA. Deshalb dürfte für Premierminister Harper sein bilaterales Treffen mit US-Präsident Barack Obama am 16. September letztlich wichtiger sein als das G20 Treffen in Pittsburgh rund eine Woche später.

*Dr. Norbert Wagner
KAS-Auslandsbüro Washington*